

Wahlprüfstein des Bündnisses für Bürgernähe (BfB) Lohra

Ist es für Sie vorstellbar, in Hessen eine höhenabhängige Abstandsregelung (ähnlich Bayern) einzuführen?

Grundsätzlich ist eine Abstandsberechnung auf Grundlage der Anlagenhöhe natürlich vorstellbar. Dies dürfte aber nicht zu einer deutlichen Verringerung der für Windkraft nutzbaren Flächen führen. Das würde eine zukunftsfähige Energieversorgung und wichtige Wirtschaftssparte mit tausenden bestehenden und neuen Arbeitsplätzen blockieren.

Können Sie sich vor der Landtagswahl verbindlich dazu äußern, wie Sie nach der Wahl im Hessischen Landtag zu einer 10 H-Regelung (oder auch geringer ...z.B. 8 H-Regelung) stehen werden?

DIE LINKE hat aus ihrer Position auch in der laufenden Legislaturperiode keinen Hehl gemacht: Die Erhöhung der Mindestabstände für Windräder würde die Energiewende in Hessen weiter ausbremsen, was wir uns nicht leisten können. Die bisherigen Regelungen, die auch Teil der Ergebnisse des breit angelegten Energiegipfels waren, reichen aus, um sämtliche gesundheitlichen Einschränkungen auszuschließen. Diese Einschätzungen wurden immer wieder, auch in den Landtagsanhörungen, von mehreren Sachverständigen bestätigt.

Eine Windkraftanlage ist in der Zukunft auch verhältnismäßig schnell wieder abgebaut – der Klimawandel und die atomaren Altlasten werden uns noch für viele Generationen begleiten.

Was werden Sie evtl. konkret unternehmen, um eine solche höhenabhängige Abstandsregel auch in Hessen zu realisieren?

Aus vorgenannten Gründen sind wir nicht für eine Erhöhung der Mindestabstände für Windkraftanlagen. Selbstverständlich sollen den Menschen

im Land aber nicht „ohne Rücksicht auf Verluste“ wahllos von Windrädern umzingelt werden. Die Mindestabstände von einem Kilometer zu geschlossener Wohnbebauung gelten. Außerdem müssen die Profite vor Ort bleiben, nicht nur die teilweise empfundenen Belastungen: Betreiber der Anlagen sollten beispielsweise die örtlichen Stadtwerke oder Bürgergenossenschaften sein. Und Südhessen muss seinen Rückstand bei der Windkraft schnell aufholen, statt einseitig auf bereits sehr stark betroffene Regionen wie im Vogelsberg oder manchen Regionen Nordhessens zu setzen.